

Wolf Bierbach: Friedrich Middelhaue¹

Fotos zeigen einen relativ hochgewachsenen Mann mit rechteckiger Kopfform, die dunklen, leicht gewellten Haare korrekt gescheitelt. Hinter der Hornbrille engstehende Augen, die prüfend skeptisch nach vorne blicken. Der Bonner Hofchronist Walter Henkels berichtete Anfang der fünfziger Jahre, er habe Friedrich Wilhelm Heinrich Middelhaue 1923 als einen „*blassen, zartgliedrigen, schmalbrüstigen, langaufgeschossenen jungen Mann mit randloser Brille kennengelernt, als einen typischen Intellektuellen*“. 1953, dreißig Jahre später, beschrieb Henkels, der wie kaum ein anderer Zugang zu jenen Persönlichkeiten hatte, die in der Frühzeit der Bundesrepublik auf dem Bonner Parkett und seinen Neben Bühnen eine Rolle gespielt haben, Friedrich Middelhaue so:

„Der sensible Mann mit der gelbumrandeten Hornbrille, mit den weichen Gesichtszügen und den schmalfingerigen Händen eines Gelehrten, .äußerlich von einer echten Teutschheit', ... ist kein robuster Politiker.“



(Quelle:Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des Liberalismus)

Damals stand Middelhaue, den man in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen ohne Übertreibung einen „Mann der ersten Stunde“ nennen darf, im Rampenlicht der Öffentlichkeit und war in Auseinandersetzungen um die Eingliederung von ehemaligen Nationalsozialisten in die Gesellschaft verwickelt. Der

¹ Der Aufsatz entstand 1986 als Manuskript für eine Hörfunksendung des WDR, 1987 wurde er in der landesgeschichtlichen Zeitschrift „Beiderseits der Grenzen. Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens“ (S. 187-211) publiziert und 2005 behutsam vom Autor redigiert. Die alte Rechtschreibung wurde wunschgemäß beibehalten.

Die Kurzbiographie beruht auf zeitgenössischen Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, Protokollgesprächen aus dem Landtagsarchiv in Düsseldorf, Parlamentsdrucksachen, Dokumenten aus dem privaten Nachlaß Middelhaues und einem langen Gespräch mit seiner Tochter Gertraud. Außer der einschlägigen historischen Literatur wurden vor allem herangezogen Hans Grimm: Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz, dargestellt am Fall Naumann, Tübingen 1957, und die umfassende Untersuchung von Manfred Jenke; Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961. Nähere Quellenangaben sind nicht mehr möglich, da diese mit der Pensionierung des Autors vernichtet wurden.

Karikaturist Pictor zeichnete 1953 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ ein wohl zutreffendes Bild. Er skizzierte ein Gesicht, in das das Leben Furchen gegraben hatte: von den Nasenflügeln abwärts zu den Mundwinkeln, aufsteigend über die Backen und quer über die hohe Stirn.

Als grad-, aber auch starrsinnig, als ruhig und gemäßigt, als eher intro- denn extrovertiert ist Friedrich Middelhaue beschrieben worden, und als schwerzünftig. Unzugänglich, undiplomatisch, wenig kompromißbereit und humorlos lauten weitere Attribute, die diesem Politiker zugeschrieben worden sind, der nichts von einem Volkstribun an sich hatte. In anderen Beschreibungen finden sich aber auch Charakterisierungen wie: freundlich und charmant, nachdenklich und hilfsbereit. Zeitgenossen haben immer wieder berichtet, in diesem zurückhaltenden Manne habe man zunächst stets eher einen Gelehrten denn einen Politiker vermutet.

Er wurde am 17. November 1896 in Siegen geboren. Der Vater Louis Middelhaue entstammte einer westfälischen Arbeiter- und Handwerkerfamilie und war Sekretär am Eisenbahnausbesserungswerk in Siegen. Die Mutter Julie Schweisfurth kam aus einer Siegener Kaufmannsfamilie. Dennoch waren die Verhältnisse, in denen Friedrich und seine vier Brüder aufwuchsen, zunächst beengt. Mit Zähigkeit und Fleiß schaffte der Vater aber den Aufstieg zum Reichsbahnoberingenieur und zu einigem Wohlstand. Da lebte die Familie schon in Opladen, wo Friedrich Middelhaue die Volksschule besuchte. Um das Abitur zu machen, mußte er allerdings in die damals noch selbständige Stadt Ohligs fahren, die Ende der zwanziger Jahre zu Solingen kam.

Schon während seiner Schulzeit beschäftigte sich Middelhaue intensiv mit deutscher Dichtung. Mathias Claudius, Angelus Silesius, die schlesische Nachtigall, Paul Gerhardt, Goethe, Hölderlin, Mörike, Stifter, Novalis und später Carossa, Paul Celan, aber auch der Russe Majakowski gehörten zu seinen bevorzugten Autoren. Daneben lernte er Klavier. Er soll es auf diesem Instrument zu passablen Leistungen gebracht haben, besonders wenn er Beethoven, Mozart und später auch Bach spielte.

Noch vor dem Abitur begann der Erste Weltkrieg, und Middelhaue meldete sich beim Infanterie-Regiment 14 in Köln-Mühlheim als Freiwilliger, wurde jedoch nicht genommen. Wie viele seiner Altersgenossen war er kriegsbegeistert und für das Vaterland entflammt. 1916 an der Universität Marburg immatrikuliert, wurde er aber als Landsturmrekrut nach Krefeld eingezogen. Er war wohl eine nicht eben sehr soldatisch wirkende Erscheinung. In der Familie wird noch heute erzählt, wie unsoldatisch er in dem übertriebenen Drang, alles korrekt zu machen, aufgetreten sei. Es muß auch für ihn eine Erleichterung gewesen sein, daß er schon bald als Dolmetscher für Englisch in das Kriegsgefangenenlager Friedrichsfelde bei Wesel abkommandiert wurde.

Als der Krieg zu Ende war, konnte Middelhaue, von einer schweren Lungenentzündung genesen, 1919 das Studium der Literaturwissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte in Marburg beginnen, das er in Münster und Köln fortsetzte. Dort promovierte er 1921 mit einer Arbeit über Adalbert Stifters „Nachsommer“, ein Buch, das ihn zeitlebens begleitet hat. Die Liebe zu diesem Bildungsroman sagt einiges über die innere Einstellung Middelhaues aus: Spätromantik mischte sich bei ihm mit humanistischen Idealen. Er hätte gern eine

Universitätslaufbahn eingeschlagen und sich habilitiert, um Professor für deutsche Literatur zu werden. Aber es war die Zeit der beginnenden Inflation, und er hätte wohl etwa zehn Jahre auf einen Lehrstuhl warten müssen. Das überstieg allerdings die finanziellen Möglichkeiten des Vaters bei weitem. Middelhaue beschloß, Buchhändler zu werden, mit dem Vorsatz, doch noch die Gelehrtenlaufbahn einzuschlagen, wenn sich die Verhältnisse wieder gebessert hatten. Gegen die Konkurrenz renommierter Unternehmen erhielt er von der damals noch selbständigen Stadt Wiesdorf, die heute zu Leverkusen gehört, den Zuschlag und konnte seine Buchhandlung in einem Ladenlokal in der Wartehalle der Straßenbahnlinie Opladen-Köln eröffnen. Das junge Unternehmen wurde schnell ein geistig-literarischer Mittelpunkt der Gegend, vor allem für die Jugend und für Jugendbewegte. Den Schwerpunkt seines Sortiments legte Middelhaue auf die Klassiker und die Expressionisten wie Stefan George, Rilke, aber auch Hans Carossa. 1928 heiratete der Protestant die katholische Lehrerin Bertha Reichert, die ihm als Leiterin einer Theatergruppe aufgefallen war. Als Politiker hat sich Middelhaue später immer wieder entschieden gegen die konfessionellen Schranken ausgesprochen, privat hat er sie schon frühzeitig nicht anerkannt.

Bertha Middelhaue mußte kurz nach ihrer Heirat den Schuldienst verlassen, da eine Reichsverordnung damals wegen der schwierigen Wirtschaftslage das sogenannte Doppelverdienertum untersagte. Sie widmete sich von nun an vorwiegend Theateraufführungen. Im damals 13 000 Einwohner zählenden Opladen bildete sich auf ihre Initiative hin eine Gruppe des Bühnenvolksvereins mit 500 Mitgliedern. Nach 1945 trat Bertha Middelhaue in die FDP ein, wurde 1948 Stadtverordnete und 1952 für mehrere Jahre Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Rat von Leverkusen. 1958 wählte der Deutsche Frauenring sie zur Präsidentin, 1964 wurde sie Ehrenvorsitzende. Frau Middelhaue stand in der Tradition der klassischen Deutschen Frauenbewegung, wie sie durch Marie-Elisabeth Lüders oder Else Ulig-Beil begründet worden war. Noch im Alter von 80 Jahren stritt sie 1974 gegen die Eingemeindung von Leverkusen nach Köln, später engagierte sie sich für die Gründung des Museums in Schloß Morsbroich. Bertha Middelhaue, die aus dem westerwäldischen Montabaur stammte, hat sich an der Seite ihres Mannes also als durchaus eigenständige Persönlichkeit entwickelt.

Friedrich Middelhaue war von Goethes „Wilhelm Meister“ immer fasziniert. Eine kleine Geschichte aus dem Buch hat er zu seiner Lebensmaxime erhoben. Da schreibt Wilhelm in einem Brief an Natalie:

„Du hast von dem Jüngling gehört, der, am Ufer des Meeres spazierend, einen Ruderpflock fand, das Interesse, das er daran nahm, bewog ihn, ein Ruder anzuschaffen, als notwendig dazu gehörend. Dies aber war nun auch weiter nichts nütze; er trachtete ernstlich nach einem Kahn und gelangte dazu. Jedoch waren Kahn, Ruder und Ruderpflock nicht sonderlich fördernd, er verschaffte sich Segelstangen und Segel und so nach und nach, was zur Schnelligkeit und Bequemlichkeit der Schifffahrt erforderlich ist. ...“.

1919, noch vor der Eröffnung der Buchhandlung in Opladen, hatte Middelhaue eine kleine literarische Zeitschrift gegründet, war damit aber bald gescheitert. Als die Buchhandlung 1923 passable Gewinne abwarf, kaufte er Druckmaschinen und mit geliehenem Geld ein großes Gelände in Opladen, auf dem er eine Druckerei bauen ließ. Nach anfänglichen Schwierigkeiten wurde auch dieses Unternehmen ein Erfolg. 1938 erwarb er das alteingesessene Papierverarbeitungswerk Cramer in Köln, das

nach dem Zweiten Weltkrieg nach Euskirchen verlagert wurde. Als Unternehmer hatte es Middelhaue also schon vor Beginn des Krieges zu beachtlichem Erfolg gebracht. Weil die Druckerei als kriegswichtiger Betrieb eingestuft wurde, mußte er nicht Soldat werden. Aus seiner Abneigung gegen den Nationalsozialismus hat Middelhaue nie ein Hehl gemacht. In seinem Betrieb, das ist belegt, gab es weder Hitlergruß noch Hitlerbilder. Unter großem persönlichen Risiko soll er in seinem Auto eine jüdische Familie über die Grenze und damit in Sicherheit gebracht haben. Ein Sohn dieser Familie, der nach 1945 als amerikanischer Offizier nach Deutschland kam, hat davon berichtet. Weil Middelhaue in Opladen von der NSDAP kritisch beobachtet wurde, verlegte er seinen Wohnsitz nach Leverkusen, wo seine Familie während der Nazizeit ziemlich isoliert lebte.

Als Unternehmer mußte Middelhaue allerdings der DAF, der Deutschen Arbeitsfront, beitreten, also jener Organisation unter der Leitung von Robert Ley, in der die Nationalsozialisten 1933 Gewerkschaften und Unternehmensverbände gleichgeschaltet hatten. Außerdem war er Mitglied in der NSV, der „Nationalsozialistischen Volksfürsorge“, und im Reichskolonialbund. Alle diese Mitgliedschaften dienten dem persönlichen Schutz und sollten Beweis dafür sein, daß er nicht völlig „abseits“ stehe. Middelhaue hat später berichtet, er sei auf Listen des SD, des Sicherheitsdienstes beim Reichsführer SS, als Staatsfeind Nummer Eins im Rhein-Wupper-Kreis geführt worden und habe deshalb seinen Wohnsitz nach Leverkusen verlegt. Ein Beleg dafür ließ sich allerdings nicht finden. 1946/47 gliederte Middelhaue seiner Unternehmensgruppe, die durch den Krieg erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden war, zwei weitere Firmen an. Er gründete den wissenschaftlichen „Westdeutschen Verlag“ in Opladen und den literarischen „Friedrich Middelhaue Verlag“ in Leverkusen. Mit dem Westdeutschen Verlag, der 1960 um den renommierten C. W. Leske Verlag in Darmstadt arrondiert wurde, verfolgte Middelhaue, der sich Anfang der dreißiger Jahre erstmals politisch bei den Liberalen engagiert hatte, das Ziel, aufklärerisch und staatspolitisch wirksam zu werden. Es gelang ihm, zwei bekannte Zeitschriften, die in der Zeit des Nationalsozialismus nicht hatten erscheinen können, an seinen Verlag zu binden: die „Kölner Zeitschrift für Soziologie“, herausgegeben von Leopold von Wiese, und die „Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung“, für deren Herausgabe einer der Begründer der Betriebswissenschaften in Deutschland, der Kölner Ordinarius Eugen Schmalenbach, verantwortlich zeichnete. Übrigens ließ Schmalenbach alle seine Schriften im Westdeutschen Verlag erscheinen, der sich durch Middelhaues vielfältige politische Kontakte nicht zuletzt zum „Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften“ in Berlin bald zu einem der angesehensten Verlage für soziologische und politische Literatur entwickelte. Hier erschien beispielsweise 1962 die noch heute gültige dreibändige Untersuchung von Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer, „Die nationalsozialistische Machtergreifung“. Von 1960 an verlegte Middelhaue auch die „Politische Vierteljahrszeitschrift“, die im Auftrage der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“ u. a. von den Professoren Dolf Sternberger und Bracher herausgegeben wurde.

Auch der literarische Verlag entwickelte sich zunächst gut. Lektor war der Schriftsteller Paul Schaaf, den Middelhaue noch von der Schule her kannte. Ein regelrechter Coup gelang bereits in der Anfangszeit. Middelhaue hatte in einer der vielen kleinen literarischen Zeitschriften, die es vor der Währungsreform von 1948 gab, eine Erzählung eines gewissen Heinrich Böll entdeckt, die ihm gefiel. Über das Einwohnermeldeamt der Stadt Köln ließ er im November 1948 die Anschrift des

Autors ausfindig machen und nahm Kontakt zu ihm auf. Wenig später erschien im Middelhaue-Verlag Bölls Novelle „Der Zug war pünktlich“. „Wanderer kommst du nach Spa ...“ und die Kriegsnovelle „Wo warst Du Adam?“ folgten. Böll brachte außerdem Paul Schallück mit, der seinen ersten großen Roman „Wenn man aufhören könnte zu lügen“ bei Middelhaue veröffentlichte. Auch Stefan Andres gehörte zu den Verlagsautoren. Aber die Interessen des Verlegers scheinen sich in jener Zeit unter dem Einfluß seines politischen Engagements bald von der Literatur weg zur politischen Publizistik entwickelt zu haben. Middelhaue war Mitglied des von den Briten ernannten, dann des gewählten Landtags von Nordrhein-Westfalen, Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten und deren Landesvorsitzender. Sein literarischer Verlag blieb eher das Stiefkind, auch wenn Middelhaue später immer wieder betont hat, gerade dieser habe ihm besonders am Herzen gelegen.

Aber er hatte für die moderne Gegenwartsliteratur, die damals entstand, wohl auch nicht das rechte Gespür; Klassik, Spätromantik und auch der Expressionismus lagen ihm näher. Als Heinrich Böll 1951 den Preis der Gruppe 47 für seine Erzählung „Das schwarze Schaf“ bekam, war der literarische Middelhaue-Verlag am Ende. So mußte Böll und Schallück mitgeteilt werden, ihre neuen Romane könnten vorläufig nicht bei Middelhaue erscheinen. Böll wechselte daraufhin zu „Kiepenheuer und Witsch“ in seiner Heimatstadt Köln. Der literarische Verlag Friedrich Middelhaue stellte seine Tätigkeit ein. Einige wollen wissen, Adolf Frise habe dem Verlag damals das Gesamtwerk von Robert Musil angeboten, das er herausgeben wollte. Aber der Verlag habe sich dazu nicht mehr in der Lage gesehen. Erst 1961 gründete die Tochter Gertraud Middelhaue einen neuen literarischen Verlag, der sich bald zu einem der angesehensten deutschen Kinderbuchverlage entwickelte, in dem aber auch der junge russische Lyriker Jewgenij Jewtuschenko erschien.

Der wissenschaftliche, also der Westdeutsche Verlag, die Druckerei, die Papierfabrik und auch die Buchhandlung florierten dagegen weiter; allein in der Druckerei wurden mehr als 500 Menschen beschäftigt. Middelhaue war rastlos mit dem Aufbau seiner Unternehmensgruppe beschäftigt und baute daneben allein bis 1964 für die Mitarbeiter 120 Werkwohnungen, durchaus ein Beleg für sein soziales Engagement. Nach seinem Tode am 14. Juli 1966 ging es allerdings auch mit dem Westdeutschen Verlag und der Druckerei in Opladen bergab. Unter dem Sohn Friedrich Georg geriet der Verlag 1973 in wirtschaftliche Schwierigkeiten und wurde von Berteismann übernommen. Ein Jahr später meldete die Druckerei Konkurs an.

2.

Als Unternehmer war Friedrich Middelhaue ein erfolgreicher Mann. Schon Anfang der dreißiger Jahre, kurz vor dem Ende der Weimarer Republik, hatte er sich daneben immer stärker für politische Probleme interessiert. Als Middelhaue 1954 im dritten Kabinett des CDU-Politikers Karl Arnold stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister wurde, bekannte er in einem ausführlichen Lebenslauf, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von den Schriften des Völkerrechtlers Walter Schücking und des 1922 ermordeten Reichsaußenminister Walter Rathenau tief beeindruckt gewesen zu sein. Prägend sei für ihn auch die Lektüre der Kommentare des Chefredakteurs des liberalen „Berliner Tageblatts“, Theodor Wolff, gewesen. Wörtlich heißt es in diesem Lebenslauf: „Durch eingehende Gespräche mit Nationalsozialisten bereits im Jahre 1930 und durch die Lektüre von Hitlers ‚Mein Kampf‘ schon 1931 habe ich die aufbrandende Bewegung kennenlernen wollen und

kennengelernt, die echte Impulse und eine ungeheure Dynamik entwickelte, gegenüber der die führenden verantwortlichen Parteien der Weimarer Zeit matt und kraftlos wirkten. Ich hätte jedoch nie einer Partei angehören können, die die Totalität der Partei und des Führers forderte und verwirklichte." Middelhaue schrieb 1954 weiter, er habe die NSDAP schon Anfang der dreißiger Jahre entschieden bekämpft, also in jenen Jahren, die diese später selbstverklärend die „Kampfzeit“ nannte:

„Aus dieser Perspektive trat ich der neugegründeten Staatspartei bei, weil ich hoffte, daß durch den Zusammenschluß der demokratischen Partei mit einer straffen und anscheinend in sich geschlossenen Organisation junger Menschen, dem Jungdeutschen Orden, ein fester Damm der Abwehr gegen die Sturzflut des Nationalsozialismus errichtet werden könne. Ich wurde Kreisvorsitzender und stellvertretender Wahlkreisvorsitzender in der Deutschen Staatspartei, lernte damals ihre führenden Persönlichkeiten kennen, die mir höchste Achtung abrang. Aber mein ehrlicher Versuch blieb ein Experiment, meine Zuversicht wurde enttäuscht. Mit dieser Staatspartei war leider Gottes kein ‚Staat‘ zu machen.“

Die Deutsche Staatspartei war 1930 aus der Fusion der von Theodor Wolff mitgegründeten Deutschen Demokratischen Partei, der Volksnationalen Reichsvereinigung und des Jungdeutschen Ordens hervorgegangen, zu denen noch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und junge Liberale aus der nationalkonservativen Deutschen Volkspartei traten. Die Deutsche Demokratische Partei, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung Anfang 1919 noch stattliche 18,5 Prozent der Stimmen erzielt hatte, war bereits bei den ersten Reichstagswahlen 1920 auf 8,3 Prozent gesunken und landete 1932 mit einem Prozent unter „ferner liefen“. Auch die 1930 als eine demokratische und soziale Partei gegründete Deutsche Staatspartei reüssierte nicht. Bei den Märzahlen 1933, die Hitlers Aufstieg besiegelten, kam sie nur durch eine Listenverbindung mit der SPD noch einmal in den Reichstag. Dort stimmte sie dann den Hitlerschen Ermächtigungsgesetzen zu und löste sich im Juni 1933 unter dem Druck der neuen Reichsregierung selbst auf, um der Gleichschaltung zuvorzukommen. Auf der Liste eben dieser Deutschen Staatspartei hatte Friedrich Middelhaue 1932 im Wahlkreis Düsseldorf für den Reichstag kandidiert, war aber nicht gewählt worden. Die Zeiten für Liberale und Demokraten waren 1932 in Deutschland nicht günstig und der politische Liberalismus in sich zerstritten. Wie stark sich Middelhaue mit den in der Deutschen Staatspartei vertretenen sozialliberalen Ideen identifiziert hat oder ob er eher ein Repräsentant des national- und wirtschaftsliberalen Flügels war, läßt sich heute nicht mehr rekonstruieren. Gesichert ist dagegen, daß er Anfang der dreißiger Jahre für pazifistische Ziele eintrat und entsprechende Flugblätter verteilt und Reden gehalten hat.

Die Zeit des Nationalsozialismus überstand Middelhaue zurückgezogen als Unternehmer in Opladen und Leverkusen. Vom Wehrdienst wurde er freigestellt, weil seine Druckerei als kriegswichtig eingestuft worden war. Unerbittlich betonte Middelhaue nach 1945, daß die Deutschen nicht aus eigener Kraft die Befreiung vom Naziterror geschafft hätten. Die Freiheit sei ihnen vielmehr vom Kriegsgegner gegeben worden. 1946 schrieb er in einem Aufsatz über die Kulturpolitik im neuen Deutschland:

„Wir, die wir den großen Untergang überstanden haben, müssen unsere Erschöpfung, die Mattigkeit des aus Todeskrankheit Genesenden überwinden. Diese Aufgabe ist ebenso sehr eine ethische wie eine politische . . . Würden

wir, wie der Franzose Albert Camus es von sich gesagt und von einem deutschen Freunde 1943 gefordert hat, die Gerechtigkeit mehr geliebt haben als unser Land, ebenso die Wahrheit, die Freiheit, wäre in uns Deutschen das Ideal der Persönlichkeit, das Goethe als das 'höchste Glück der Erdenkinder' zu allen Zeiten ansah, stark und gefestigt genug gewesen, wir hätten nie in die Barbarei des Nazismus absinken können."

Unmittelbar nach Kriegsende stellte sich Middelhaue in den Dienst des demokratischen Wiederaufbaus. In seinem Lebenslauf schrieb er dazu 1954:

„Es war für mich eine selbstverständliche Pflicht, eine echte Getriebenheit, eine Schicksalsfrage, beim Wiederaufbau Deutschlands und bei der Überwindung der inneren und äußeren Katastrophe und Not unseres Volkes meine ganze Kraft einzusetzen.“

Middelhaue gehörte zu den Wiederbegründern des politischen Liberalismus im Nachkriegsdeutschland. Zunächst gab es allerdings keine einheitliche liberale Bewegung, sondern nur eine Reihe von Parteigründungen auf lokaler, dann auf zonaler Ebene. Als erste wurde im Sommer 1945, kurz nachdem die sowjetische Militäradministration die Bildung politischer Parteien erlaubt hatte, in Berlin von ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei die „Liberaldemokratische Partei“ gegründet und als „Liberaldemokratische Partei Deutschlands“ am 10. Juli 1945 für Berlin und die sowjetisch besetzte Zone zugelassen. Zu den Initiatoren zählten vor allem die ehemaligen Reichsminister Wilhelm Külz und Eugen Schiffer.

Die drei westlichen Besatzungsmächte erlaubten die Gründung politischer Parteien erst später. Unter dem Namen „Demokratische Volkspartei“ konstituierte sich am 18. September 1945 in Stuttgart eine liberale Partei, zu deren Gründern der von den Amerikanern eingesetzte Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, sowie Theodor Heuss gehörten, der in der Weimarer Republik für die Deutsche Demokratische Partei zeitweilig Reichstagsabgeordneter gewesen war. In Bayern war einer der Parteigründer zunächst auf lokaler, dann auf Landesebene der Bamherger Generalstaatsanwalt und spätere Bundesvorsitzende der FDP, Thomas Dehler, in Hamburg das ehemalige Vorstandsmitglied der Deutschen Demokratischen Partei, Hermann Schäfer, der dann später Bundesminister für Sonderaufgaben unter Adenauer und stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP wurde.

In Rheinland und Westfalen, die durch Dekret der britischen Besatzungsmacht im Hochsommer 1946 zum Land Nordrhein-Westfalen vereinigt wurden, kam es zu ersten liberalen Parteigründungen in Bonn, Mönchengladbach, Essen, Opladen, Hagen, Dortmund und Münster. Der Journalist und spätere Redakteur des NWDR in der Bundeshauptstadt, Otto Schumacher-Hellmold, hatte während des Krieges als eine Art Tarnorganisation des politischen Katholizismus die „Deutsche Demokratische Bewegung“ gegründet und von den Amerikanern unmittelbar nach deren Einmarsch die Erlaubnis erhalten, sich mit dieser Vereinigung politisch zu bestätigen. Schumacher-Hellmold bemühte sich auch, allerdings erfolglos, den von den Amerikanern im Mai 1945 wiedereingesetzten und von den Briten im Oktober abgesetzten Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, für diese Vereinigung zu gewinnen. Die „Deutsche Demokratische Bewegung“ konnte dennoch im Raum Bonn/Bergisches Land eine ganze Reihe von lokalen Gruppen gründen.

In Essen zählten zu den Gründern einer „Liberal-Demokratischen Partei“ der Justizrat Viktor Niemeyer, der aus der Deutschen Demokratischen Partei kam, und der spätere Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Wilhelm Beutler, zwei strikte Anhänger der wirtschaftsliberalen Richtung. Zu ihnen stießen der Bankdirektor Franz Blücher, der 1946 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, später Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Vizekanzler wurde und von 1949 bis 1954 Erster Vorsitzender der FDP war, sowie der Industriekaufmann Hans-Wolfgang Rubin. Später beeinflusste Rubin die deutschlandpolitische Linie der FDP. In Mönchengladbach taten sich im Herbst 1945 der ehemalige Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, Alfred Fratzscher, der Spirituosenfabrikant Wilhelm Hermes und der Industrielle Hermann Tiggeler zusammen und riefen die „Sozial-Liberale Partei“ ins Leben, in der die soziale Komponente des Liberalismus betont wurde, aber auch vieles von den sozialpolitischen Ideen des deutschen Katholizismus einfloß, der gerade in Mönchengladbach über eine gefestigte Tradition verfügte.

Maßgebend bei der Gründung einer liberalen Partei in Leverkusen und Opladen war Friedrich Middelhaue. Allerdings bedurfte es erst einiger tastender Versuche und Umwege sowie Absagen an eher kirchlich orientierte Gründungsversuche, bis er im Oktober 1945 zur Gründung einer „Deutschen Aufbaupartei“ aufrief. Sie sollte in christlichem Sinn und demokratischer Gesinnung einen deutschen Einheitsstaat schaffen helfen, das Privateigentum schützen und die freie Entfaltung aller schöpferischen und produktiven Kräfte garantieren. Da sprach der erfolgreiche Unternehmer, der, dem Zeitgeist folgend, allerdings auch die Verstaatlichung des Bergbaus und der Energiewirtschaft forderte. Der Kulturpolitiker, der Middelhaue gern geworden und gewesen wäre, setzte sich für die christliche Gemeinschaftsschule, also für die Überwindung der Konfessionsschranken, ein. Gerade dieses Thema sollte ihn nicht mehr loslassen, weswegen der im Grunde eher konservativ gestimmte Liberale lange Zeit in Opposition zu der neugegründeten CDU verharrte, die die Bekenntnisschule favorisierte und in Nordrhein-Westfalen schließlich auch durchsetzte.

Den lokalen Parteigründungen der Liberalen folgten bald Zusammenschlüsse auf Zonenebene. Anfang Januar 1946 wurde unter Vorsitz des Rechtsanwalts Wolfgang Haussmann in Württemberg-Baden die „Demokratische Volkspartei“ gegründet, in Hessen bereits im Dezember 1945 unter Vorsitz des Frankfurter Fabrikanten Georg-Ludwig Fertsch die „Liberaldemokratische Partei“. Thomas Dehler übernahm im Mai 1946 den Vorsitz des neuen bayerischen Landesverbandes der „Freien Demokratischen Partei“. Middelhaue begann im November 1945, einen Zusammenschluß der liberalen Parteivereinigungen im Rheinland zu organisieren. Am 4. Dezember wurde von acht Gruppen in Düsseldorf der „Landesverband Nordrhein-Westfalen der Demokratischen Partei Deutschlands“ gegründet, obwohl es das Land noch gar nicht gab und westfälische Gruppen nicht beteiligt waren. Programmatisch schloß man einen Kompromiß zwischen den eher wirtschafts- und nationalliberalen Ideen von Middelhaues „Aufbaupartei“ und den sozialliberalen Vorstellungen der Mönchengladbacher Gruppe.

In Westfalen hatten sich nennenswerte lokale Gruppen in Hagen, Schwelm, Dortmund und Münster gebildet. In Hagen waren der Fabrikant Otto Funcke, der Vater der späteren Wirtschaftsministerin in Düsseldorf und Ausländerbeauftragten

der Bundesregierung, Liselotte Funcke, sowie der Fabrikant Gustav Altenhain beteiligt. Die westfälischen Gruppen schlossen sich im Herbst 1945 unter Vorsitz von Altenhain zur „Liberal-Demokratischen Partei“ zusammen. Auf Initiative und Einladung von Middelhauve hin trafen sich dann am 6. und 7. Januar 1946 in Opladen Vertreter der liberalen Parteigruppen aus der gesamten britischen Zone und gründeten einen Zonenverband, der nach langen Diskussionen den Namen „Freie Demokratische Partei“ erhielt. Auf dem ersten Zonenparteitag im Mai 1946 in Bad Pyrmont wurde Franz Blücher zum Vorsitzenden gewählt. Erster Geschäftsführer wurde übrigens Erich Mende, der Bundesvorsitzende der FDP in den Jahren 1960 bis 1968 und Vizekanzler im letzten Bundeskabinett von Ludwig Erhard. Dominierende Figur der Liberalen in der britischen Zone war bis zu diesem Zeitpunkt ein früherer Mitarbeiter Friedrich Naumanns, Wilhelm Heile aus Syke, gewesen. Er trat nun in den Hintergrund. Heile hatte, darin unterstützt von Middelhauve, eine Annäherung an die CDU gesucht und war deshalb in Mißkredit geraten.

Als das Land Nordrhein-Westfalen gegründet war, bestanden also zwei liberale Landesverbände, der westfälische mit Altenhain an der Spitze und der rheinische unter dem Vorsitz von Middelhauve. In der Frage der Parteiorganisation beschritten die Liberalen einen anderen Weg als SPD und CDU. Die Sozialdemokraten knüpften an traditionelle Organisationsstrukturen an, gliederten die Partei in Ortsvereine und Kreisparteien, die regional in den vier Bezirken Mittel- und Niederrhein, Westliches Westfalen und Ostwestfalen-Lippe einen organisatorischen Überbau erhielten, den es so ähnlich schon vor 1933 gegeben hatte. In diesen vier Bezirken war bis 1970 die eigentliche Macht in der Partei konzentriert. Erst vier Jahre nach der Bildung der zweiten sozialliberalen Koalition in Düsseldorf, dem Kabinett Kühn/Weyer, und nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen wurde 1970 ein einheitlicher Landesverband der SPD mit einem Landesvorstand gegründet. Wichtige Kompetenzen blieben allerdings bei den vier Bezirken und ihren Vorsitzenden, den „Bezirksfürsten“.

Auch die CDU organisierte sich zunächst auf örtlicher Ebene. Nach längeren Auseinandersetzungen, die zum Teil auch mit der Konkurrenz der neuen Partei zum wiedergegründeten alten Zentrum zusammenhingen, wurden Anfang 1946 die beiden Landesverbände Westfalen und Rheinland gegründet. Es hat zwar immer wieder Überlegungen gegeben, sie zu einem einheitlichen Verband zusammenschließen, aber Jahrzehntlang kamen solche Bestrebungen nicht vom Fleck, mit der Folge, daß sich das ihnen allein schon von den Mitgliederzahlen her zukommende Gewicht in der Gesamtpartei nicht recht geltend machen konnte. Zwar hatten sich beide Verbände bereits 1956, nach dem Sturz von Karl Arnold, ein gemeinsames Landespräsidium gegeben, aber diese organisatorische Klammer funktionierte schon bald nicht mehr. Erst 1969/70, als Heinrich Köppler rheinischer Landesvorsitzender geworden war, konnte das Präsidium wiederbelebt werden. Wirklichen Einfluß hat es allerdings nie besessen. Es bedurfte schon der verheerenden Niederlage der CDU bei den Landtagswahlen vom 12. Mai 1985, um den Gedanken einer einheitlichen Union zu aktivieren. Nach monatelangen Querelen, bei denen die geplante Fusion der beiden Verbände mehrfach an Personal-, aber auch an Organisationsfragen zu scheitern drohte, wurde der CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen dann Anfang März 1986 mit Professor Kurt Hans Biedenkopf als Vorsitzendem aus der Taufe gehoben, der dieses Amt nach neuerlichen Querelen, die die Landespartei zutiefst erschütterten, am 22. Mai 1987 an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm abgeben mußte.

Die Liberalen gingen dagegen schon sehr bald nach 1945 an die Bildung eines einheitlichen Landesverbandes heran. Für sie war das allerdings auch dringender als für die anderen Parteien, denn ihre Mitgliederzahlen blieben, verglichen mit denen der CDU und der SPD, bescheiden. Entsprechend niedrig war das Beitragsaufkommen. Daraus ließ sich eine breit gefächerte Organisation nicht finanzieren. Bereits im Mai 1947 vereinigten sich deshalb der rheinische und der westfälische Landesverband unter dem Vorsitz von Altenhain, der wie Middelhaue dem ersten, noch von den Briten ernannten Landtag angehörte. Sehr lange behielt Altenhain den Parteivorsitz jedoch nicht. Weil einige Mitglieder der neunköpfigen liberalen Landtagsfraktion, darunter auch Altenhain, in Fragen der Wirtschaftskontrolle mit der SPD gestimmt hatten, begehrte die Parteibasis auf. Auf einem Parteitag im August 1947 kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen Altenhain und Middelhaue. In der Stichwahl setzte sich Middelhaue durch, der damit neben dem Amt des Fraktionsvorsitzenden, das er seit der Konstituierung des Landtags am 2. Oktober 1946 innehatte, nun auch noch Landesvorsitzender wurde. Für fast zehn Jahre, bis zum Sturz des letzten Kabinetts Arnold im Jahre 1956, blieb Middelhaue die bestimmende Persönlichkeit der Liberalen in Nordrhein-Westfalen. Unumstritten war er allerdings nicht.

3.

Im Hochsommer 1946 hatten die Briten die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen aus eineinhalb ehemaligen preußischen Provinzen verordnet, zu denen Anfang 1947 noch der frühere Freistaat Lippe kam. Friedrich Middelhaue gehörte als einer von neun Liberalen dem ersten, 1946 noch von den Briten ernannten Landtag an und übernahm den Fraktionsvorsitz, während sein Parteifreund Franz Blücher, Bankdirektor in Essen, als Finanzminister in die erste Landesregierung des ebenfalls ernannten Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen eintrat. Amelunxen wollte zunächst eine Allparteienregierung bilden, war jedoch am Widerstand von Konrad Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU in der Britischen Zone, gescheitert. Dieser hatte eine dominierende Rolle für seine Partei beansprucht und wollte das Ergebnis der ersten Kommunalwahlen am 15. September und 13. Oktober abwarten, aus denen die CDU dann tatsächlich als stärkste Partei hervorging.

Entsprechend dem Wählervotum setzten die Briten den Landtag neu zusammen. Die CDU-Fraktion wurde um 26 auf 92 Abgeordnete vergrößert, die SPD mußte fünf Sitze abgeben und sank auf 66 ab, die KPD büßte 15 von 34 Mandaten ein und das Zentrum verlor ein Drittel seiner 18 Mandate. Nur die FDP blieb mit neun Sitzen konstant. Nun trat auch die CDU in die Regierung Amelunxen ein und stellte mit Karl Arnold den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Einziger Freidemokrat im Kabinett, in dem jetzt alle Landtagsparteien vertreten waren, blieb Franz Blücher, Middelhaue behielt den Fraktionsvorsitz. Die Landtage und die Landesregierungen der Ernennungsperiode hatten aber lediglich den Mangel zu verwalten. Eine eigenständige liberale Handschrift läßt sich deshalb für die Zeit nicht rekonstruieren.

Am 20. April 1947 wurde der Landtag dann zum ersten Mal von den Bürgern gewählt. Die CDU konnte ihre Position mit 92 Sitzen behaupten, die SPD mußte leichte Verluste hinnehmen, das Zentrum und die FDP verbuchten ebenso wie die KPD Gewinne. Gegen den Widerstand von Adenauer einigte sich die CDU als stärkste Fraktion auf den Oberbürgermeister von Düsseldorf und ehemaligen

Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Karl Arnold, als Ministerpräsidenten. Arnold vertrat in der Tradition des Zentrums und des politischen Katholizismus entschieden sozialreformerische Tendenzen. Die Überführung der Großindustrien in Gemeineigentum schrieb er in sein Regierungsprogramm und ging damit noch über die Vergesellschaftsforderungen hinaus, die die CDU der Britischen Zone im Februar 1947 in ihrem „Ahlener Programm“ formuliert hatte. Das liberal-kapitalistische System, so Arnold, habe sich an seinen eigenen Grenzen totgelaufen. Dennoch versuchte er, die Liberalen an seiner Regierung zu beteiligen. Aber als Landes- und Fraktionsvorsitzender lehnte Middelhaue ab. Auch Arnolds Angebot, doch wenigstens Franz Blücher als sog. Fachminister in die Regierung zu entsenden, stieß bei den Liberalen auf keine Gegenliebe. Blücher, so Middelhaue in einem Brief an Arnold, sei als Vorsitzender der FDP in der Britischen Zone zu exponiert.

1949 rückte Middelhaue für die FDP in den ersten Bundestag ein, legte sein Mandat allerdings schon nach einem Jahr wieder nieder, um sich ganz dem Landesverband und der Arbeit im Landtag widmen zu können. Unter seiner Leitung entwickelte sich die FDP in Nordrhein-Westfalen zu einer eindeutig wirtschaftsliberalen, also zu einer konservativ-liberalen Partei. Der FDP-Vorsitzende lag in ständiger Fehde mit dem 1949 auf Bundesebene gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund DGB. Die 1951 vom Bundestag beschlossene Montanmitbestimmung, mit der Bundeskanzler Adenauer das Einverständnis der Gewerkschaften zu seiner Westintegrationspolitik erkaufte, fand in ihm einen entschiedenen Gegner. Er setzte die Idee eines Mitunternehmertums der Arbeiter dagegen, nahm also Überlegungen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand vorweg, ohne sie allerdings in ein konkretes Modell zu gießen. Karl Arnold stand dagegen den Gewerkschaften positiv gegenüber. Erst als Ludwig Erhards Modell der „sozialen Marktwirtschaft“ Erfolge zeitigte, rückte Arnold von dem Ziel einer Vergesellschaftung der Schwerindustrie ab. Es ist schwer vorstellbar, wie Arnold und Middelhaue als Vertreter antipodischer Positionen Anfang der fünfziger Jahre in einem Kabinett sinnvoll hätten miteinander arbeiten können. Als Vertreter des wirtschaftsliberalen Flügels in der FDP setzte Friedrich Middelhaue, anders als Arnold, auf Unternehmertum und Privatinitiative. Als Arnold im Frühsommer 1947 seine erste Regierung bildete, war das eine Koalition aus CDU, Zentrum, SPD und der KPD. Bis zum letztlich von Adenauer erzwungenen Ausscheiden der beiden kommunistischen Minister Hugo Paul und Heinz Renner aus der Regierung im Februar 1948 war die FDP die einzige Oppositionspartei, und sie blieb bis zum Sommer 1954 in der Opposition. Die Wähler honorierten diese Rolle, denn als im Juni 1950 der zweite Landtag gewählt wurde, konnten die Liberalen die Zahl ihrer Sitze auf 26 steigern, also mehr als verdoppeln. Auch bei den Landtagswahlen 1954 schnitt Middelhaues Partei mit 25 Mandaten noch sehr gut ab. Der schleichende Erosionsprozeß, der schließlich 1980 zum Scheitern der Partei an der Fünf-Prozent-Klausel führte, setzte erst 1958 ein, als Middelhaue bereits aus der aktiven Politik ausgeschieden war.

Politisches Profil gewannen die Liberalen vor allem bei den Verfassungsberatungen. Entschieden, wenn auch erfolglos bekämpfte Middelhaue die schließlich in Artikel 27 verankerte Möglichkeit, die Grundstoffindustrien in Gemeineigentum zu überführen. Noch vehementer war der Widerstand der Freien Demokraten gegen die Schulartikel. In einem Aufsatz über die „Kulturpolitik im neuen Deutschland“ hatte Middelhaue bereits 1946 geschrieben:

„Für die Grundschule fordern wir, daß sie eine deutsche Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage, keine Konfessionsschule ist. Das, was seit

Jahrzehnten in mittel- und süddeutschen Ländern wie Hessen, Nassau, Baden, weiterhin in der Schweiz und in England möglich ist, müßte in allen deutschen Schulen nicht nur möglich, sondern selbstverständliches Gebot sein: die gemeinschaftliche Erziehung der Kinder aller Bekenntnisse im deutschen und christlichem Geist, im Geist gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Duldung. Der unselige konfessionelle Gegensatz, der unser Land durchzieht, sollte nicht verschärft, sondern überbrückt werden ... So wie wir die Einrichtung der Konfessionsschule ablehnen, so wenden wir uns folgerichtig gegen die Einrichtung konfessioneller pädagogischer Akademien."

In diesem Punkt stimmte Middelhaue sogar mit den Sozialdemokraten überein, die sich aber nicht durchsetzen konnten. Mit den Stimmen von CDU und Zentrum wurde die Konfessionsschule in der Landesverfassung verankert, über die die Bürger am 18. Juni 1950 in einer mit den Landtagswahlen verbundenen Volksabstimmung zu entscheiden hatten. Zehn Jahre später wurde die Konfessionalisierung der Schulen durch einen Kompromiß zwischen SPD und CDU wieder beseitigt und die christliche Gemeinschaftsschule eingeführt, so daß Zwergschulen, deren pädagogischer Nutzen mehr als umstritten war, aufgehoben und neue, leistungsfähigere Schulen gegründet werden konnten.

Wenngleich sie als liberale Oppositionspartei in den Jahren 1947 bis 1954 nur wenige ihrer politischen Ziele durchsetzen konnte, war die FDP unter Friedrich Middelhaue ein wichtiger Faktor in der Landespolitik. Als Parteivorsitzender geriet Middelhaue allerdings bald ins Zwielficht. Obwohl er ein Gegner des Nationalsozialismus gewesen war, setzte er sich für eine Generalamnestie der durch alliierte Gerichte nach 1945 verurteilten Deutschen ein. So schrieb er im September 1952 in dem Liberalen Wochenblatt „Deutsche Zukunft“:

„Bei der Festhaltung Deutscher, die durch einseitige Siegerjustiz verurteilt wurden, handelt es sich um eine ... elementare Frage der nationalen Würde ... Durch die Anerkennung des höheren Rechtsprinzips des Friedens können alle unfruchtbaren Auseinandersetzungen über Schuld und Sühne vermieden werden und die so notwendige Entgiftung der gesamten politischen Atmosphäre stattfinden. Denn Deutschland ist nicht nur der fordernde, sondern in sehr erheblichem Maße auch der gebende Teil. Die deutsche Zustimmung zu einer Generalamnestie würde beispielsweise ebenfalls Verzicht auf Strafverfolgung auch jener millionenfachen Verbrechen bedeuten, die nach der Kapitulation an deutschen Menschen verübt worden sind.“

Middelhaue handelte dabei guten Willens; er wollte denen, die sich durch den Nationalsozialismus hatten blenden lassen, eine Chance geben, in der zweiten deutschen Republik mitzuwirken. Ob er allerdings auch klug handelte, muß bezweifelt werden. Der Sozialdemokrat Carlo Schmid bewies mehr politische und moralische Weisheit, als er sich gegen die schematische Entnazifizierungspolitik der Alliierten wandte, aber hinzufügte: *„Müssen die, die Hitler nachgelaufen sind, auch gleich wieder in öffentliche Ämter, müssen sie die neue Politik mitbestimmen?“* Und er verneinte diese rhetorisch gemeinte Frage. Friedrich Middelhaue war gutgläubiger und zugleich naiver. Als FDP-Landesvorsitzender warb er darum, die Soldaten der ehemaligen Wehrmacht nicht zu verketzern. Schon 1953 gab es Plakate der FDP mit dem Bild Erich Mendes, des späteren Bundesvorsitzenden, und darunter stand: Major a. D.

Middelhaue, der Anfang der dreißiger Jahre pazifistische Flugblätter verteilt hatte, bemühte sich zwanzig Jahre später um die Soldaten, die den Zweiten Weltkrieg mitgemacht hatten, weil, wie er sagte, diese Generation nicht verloren gehen dürfe. Er knüpfte aber auch Kontakte zu Persönlichkeiten, die im nationalsozialistischen Staat hohe Ämter bekleidet hatten. Der bekannteste von ihnen war Werner Naumann, einst Staatssekretär im Reichspropagandaministerium und ein überzeugter nationalsozialistischer Funktionsträger, der noch nach Hitlers Selbstmord Volkssturmeinheiten in Berlin befehligt hatte. Er war auch am Ausbruchversuch aus der Reichskanzlei beteiligt gewesen. In seinem sog. politischen Testament hatte Hitler Naumann als Propagandaminister vorgesehen, also als Nachfolger von Goebbels, der ebenfalls Selbstmord begangen hatte. Nach 1945 war Naumann untergetaucht und hatte sich zunächst als Landarbeiter, dann als Maurer durchgeschlagen. Erst als die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer 1950 eine Amnestie verkündete, trat er wieder unter seinem richtigen Namen auf und wurde Geschäftsführer einer Im- und Exportfirma in Düsseldorf. In der Landeshauptstadt organisierte Naumann einen rechtskonservativen Gesprächszirkel, der sich unter teilweise konspirativen Umständen in verschiedenen Hotels traf. Zu ihm gehörte auch Hans Fritzsche, bis zur deutschen Kapitulation Chefkommentator des „Großdeutschen Rundfunks“. Unterstützt und hoffähig gemacht wurde dieser Zirkel vor allem durch den angesehenen Essener Rechtsanwalt Ernst Achenbach. Achenbach, der vor 1945 in den Diensten des Auswärtigen Amtes u. a. an der Deutschen Botschaft in Paris gestanden hatte, wurde in den fünfziger und sechziger Jahren mit Judendeportationen aus Frankreich in Zusammenhang gebracht, ohne daß ihm allerdings eine persönliche Mitschuld nachgewiesen werden konnte. Achenbach, der über ausgezeichnete Kontakte zur Industrie verfügte, hatte in Essen zu den Mitgründern der FDP gehört.

Nationalistische Töne waren im „Naumann-Kreis“ an der Tagesordnung. Middelhaue ließ sich ausgerechnet von Mitgliedern dieses Zirkels beraten und bestellte sogar Wolfgang Dierwege zu seinem persönlichen Referenten in seinem Privatbüro. Dierwege, 1930 in die NSDAP eingetreten und Ministerialrat im Reichspropagandaministerium, war der Verfasser einer Reihe von üblen Nazi-Propagandaschriften, so „Polnischer Blutterror“, „Der Fall Gustloff“, und „Juden hetzen gegen Deutschland“. Die NSDAP hatte ihm das u. a. mit dem „Goldenen Parteiabzeichen“ und dem sog. „Blutorden“ gedankt. Im Goebbels-Ministerium leitete Dierwege zeitweilig die Rundfunkabteilung, um dann während des Krieges zum Intendanten des „Reichssenders Danzig“ aufzurücken. Wie auch Naumann war er nach 1945 zunächst untergetaucht.

Middelhaue hat später erklärt, er habe von dieser nationalsozialistischen Vergangenheit Dierweges nichts gewußt. Tatsache ist allerdings, daß er ihn auch noch im Amt hielt, als ihm dieser Umstand längst bekannt war. Vor der Auslandspresse in Bonn verteidigte er sich Anfang 1953 so: *„Diese Leute sind geläutert. Sie haben mir in der fünfeinvierteljährigen Zusammenarbeit bewiesen, daß sie ernsthaft und ehrlich mitarbeiten wollen.“* Auf die Frage, ob sich ehemalige Aktivisten der NSDAP denn nicht unter einer Tarnkappe in die FDP eingeschlichen hätten, um bei günstiger Gelegenheit diese Partei als Operationsbasis eines neuen Nationalsozialismus zu benutzen, antwortete Middelhaue:

„Herr Dierwege sitzt bei mir im Büro nebenan. Er schreibt keine Zeile, die ich nicht lese, er spricht kein Wort, das ich nicht kenne, er tut nichts, das ich nicht

kenne ... Wir können die ehemaligen Nationalsozialisten in der Mitgliedschaft ja doch übersehen und feststellen, wie sie sich verhalten."

Später konnte Middelhaue zwar glaubhaft machen, daß er zu Naumann nur einen lockeren und eher unterkühlten Kontakt gehabt hatte, aber nicht zuletzt durch die Querverbindungen zu Achenbach gewann der „Naumann-Kreis“ wesentlichen Einfluß auf die Politik der FDP in den frühen fünfziger Jahren. In einer handschriftlichen Aktennotiz hielt Naumann am 28. Juni 1950 nach einem Besuch Achenbachs fest:

„Daß Adenauer im Augenblick nicht die schlechteste Lösung für uns ist, findet natürlich meine Zustimmung. Ein Volk in dieser Lage, ohne nationale Souveränität, von Hohen Kommissaren regiert, braucht Stresemänner. Um den N. S. (Nationalsozialisten, d. Verf.) unter diesen Umständen trotzdem einen Einfluß auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollten sie in die FdP (recte: FDP) eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen. An Einzelbeispielen erläutert er (Achenbach, der Verf.), wie leicht das zu machen wäre. Mit nur 200 Mitgliedern können wir den ganzen Landesvorstand erben ...“.

Naumann, der 1950 um seine Entnazifizierung fürchten mußte und zeitweilig auch in Untersuchungshaft kam, behauptete später, Achenbach sei es gewesen, der sich vehement für eine Eingliederung ehemaliger Nationalsozialisten in den neuen demokratischen Staat und die Parteien ausgesprochen habe. Keiner von beiden habe die Absicht gehabt, die FDP in eine Tarnorganisation der alten NSDAP umzuwandeln. In parteiinternen Untersuchungen hat Ernst Achenbach später die Aktennotiz Werner Naumanns angezweifelt. Von einer geplanten Unterwanderung der FDP habe er nie gesprochen. Parteiintern mochte man ihm zunächst nicht folgen, sprach ihn dann aber doch von allen Vorwürfen frei.

Mitte Januar 1953 liessen die Briten Naumann und einige seiner Freunde unter dem Verdacht konspirativer Umtriebe verhaften. Naumann habe versucht, ehemalige Nationalsozialisten wieder in führende Positionen zu bringen und alle Bemühungen, in Deutschland eine Demokratie aufzubauen, hintertrieben, lautete einer der Vorwürfe. Das Verfahren endete vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe allerdings mit der Einstellung. Die Beweise waren nach Ansicht des Gerichtes nicht stichhaltig genug. Außerdem enthielten die von den Briten zusammengestellten Dokumente für die Anklage offenkundige Fehler. Naumanns Verteidiger, der renommierte Staatsrechtslehrer Hans Grimm, nahm diesen Fall als Exempel und dokumentierte ihn breit in seinem Buch „Unrecht im Rechtsstaat. Tatsachen und Dokumente zur politischen Justiz“, einer Schrift, die von der sich neu formierenden nationalen Rechten in der gerade erst gegründeten Bundesrepublik für den Vorwurf bemüht wurde, die Siegermächte hätten eine Justiz der Okkupatoren gegen nationalsozialistische Willkür gesetzt. Obwohl Naumann vor dem Bundesgerichtshof ungeschoren davonkam, hatte es sich im Laufe der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, der Recherchen der Presse und nicht zuletzt des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) herausgestellt, daß inzwischen zahlreiche ehemalige Funktionäre der NSDAP oder der Hitlerjugend in Ortsverbänden der FDP in Nordrhein-Westfalen zu Amt und Würden gekommen waren.

Man muß an dieser Stelle an die Zeitumstände erinnern. Unter schwierigsten Bedingungen waren nach 1945 demokratische Parteien aufgebaut worden. Mit Ausnahme von SPD und KPD wurden Parteien gegründet, die ohne direkte Vorläufer

in der deutschen Geschichte waren. In der CDU fanden sich Teile des alten Zentrums wieder, das daneben aber weiterbestand, in der FDP flossen verschiedene liberale Strömungen zusammen, nationalliberale, wirtschaftsliberale und schließlich noch einige linksliberale. Daneben gab es eine große Zahl neugegründeter Parteien, die zum Teil zunächst einen nicht unbeträchtlichen Zulauf zu verzeichnen hatten. Zu nennen sind hier die Vertriebenenpartei „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), die vor allem in Niedersachsen einflußreiche „Deutsche Partei“ (DP) sowie die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) und die WAV, die „Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung“, später „Deutsche Aufbauvereinigung“. Vor allem in SRP und WAV hatten sich nationalistisch gesonnene Personen zusammengeschlossen. Die SRP wurde 1952 zwar als Nachfolgeorganisation der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht verboten, Teile der Mitgliedschaft organisierten sich dann jedoch in der „Deutschen Reichspartei“ (DRP), einer Vorläuferorganisation der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Für die DRP kandidierte übrigens nach seiner Freilassung Werner Naumann für den Deutschen Bundestag. Die Landesregierung in Düsseldorf erließ jedoch ein politisches Betätigungsverbot gegen ihn, weil sein Verfahren noch in Karlsruhe anhängig war. Die alliierten Kontrollratsgesetze gaben Düsseldorf die Möglichkeit zu diesem Schritt.

Aber auch BHE und DP waren Sammelbecken nationalistischer und revanchistischer Ideen. Vor allem in Niedersachsen, aber auch in Nordrhein-Westfalen gab es zwischen der DP und den Liberalen zahlreiche Kontakte. So kam es bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1952 zu Absprachen zwischen beiden Parteien auf örtlicher Ebene. DP-Mitglieder kandidierten auf FDP-Listen. Deswegen und weil sich in der Öffentlichkeit die Vorwürfe häuften, die FDP in Nordrhein-Westfalen sei nationalsozialistisch unterwandert, löste der Vorsitzende des DP-Direktoriums, Heinrich Hellwege, den nordrhein-westfälischen Landesverband seiner Partei im Januar 1953 kurzerhand auf. Gleichzeitig erhob er öffentlich den Vorwurf, die nordrhein-westfälische „Deutsche Partei“ habe sich gegen die Zusicherung einer entsprechenden Politik von einer anderen Partei namhafte monatliche Zuwendungen zusagen lassen. Gemeint war offensichtlich die FDP, für die allerdings Middelhaue und Blücher dementierten. Unter Hellwege ging die DP dann kein Bündnis mit der FDP ein, sondern paktierte mit der CDU, die ihr ständig einige sichere Bundestagswahlkreise überließ und so das parlamentarische Überleben der DP bis Anfang der sechziger Jahre garantierte. Als jedoch die von der DP gestellten Bundesminister Hans Christoph Seebohm und Hans-Joachim von Merkatz zur CDU übertraten, zerfiel die Partei endgültig.

Diese öffentlichen Diskussionen und Spekulationen über einen Pakt zwischen der von Middelhaue geführten FDP und der nationalistisch-konservativen „Deutschen Partei“ hatten ein weiteres schiefes Licht auf die Liberalen im größten Bundesland geworfen. Zweifel an der Integrität des Landesverbandes und an der politischen Klugheit seines Vorsitzenden Middelhaue wurden auch in den Reihen der Liberalen laut. Thomas Dehler, der 1954 Bundesvorsitzender der FDP werden sollte, urteilte bereits 1953, eine *„Gruppe von Nationalsozialisten hat versucht, den Landesverband ... zu unterwandern“*. Dehler hielt es für erwiesen, daß *„auf jeden Fall der Landesvorsitzende (also Middelhaue, d. Verf.) seiner Aufsichtspflicht nicht genügt, im Gegenteil durch seine Personalpolitik objektiv die Unterwanderungstendenzen gefördert hat“*. Auf Antrag des Landesverbandes wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die Dehler leitete. Bei den Untersuchungen stellte sich heraus, daß der damalige Fraktionssekretär der FDP im Landtag in

Düsseldorf, Wilke, vor 1945 zur Reichsjugendführung der NSDAP gehört hatte. Er habe, so die Kommission, 15 ehemalige Funktionsträger der NSDAP, darunter frühere SS-Standarten- und Hauptsturmführer sowie Kreisleiter der NSDAP, in einflußreiche Positionen in der FDP geschleust. *„Es ist schwer zu verstehen, warum ausgerechnet ... Schlüsselpositionen nicht politisch erprobten Persönlichkeiten, sondern früheren prominenten Nationalsozialisten anvertraut worden sind“*, hieß es in dem Bericht.

Allerdings kam die Kommission auch zu dem Schluß, kein führendes Mitglied der Landes-FDP habe persönlich gefehlt oder sei durch Kontakte zu Naumann oder Dierwege belastet. Dieser parteiinterne Freispruch sollte sicherlich auch dazu dienen, Middelhaue und seinen Vorstand vor der Öffentlichkeit von dem Vorwurf reinzuwaschen, man habe eine Unterwanderung der FDP durch Personen zugelassen, die aus der deutschen Vergangenheit nicht nur nichts gelernt hätten, sondern noch immer den Ideen des „Dritten Reiches“ verhaftet seien. Das parteiinterne und das veröffentlichte Urteil klappten also deutlich auseinander. Der Landesverband räumte in einer Denkschrift allerdings ein, er beschäftige eine Reihe von Mitarbeitern, „die als junge Menschen in die HJ gezogen sind und dort auch Führungsstellen innehatten. Auch einzelne Angehörige der Waffen-SS arbeiten in der Landesgeschäftsstelle oder in den Bezirken und Kreisen. Selbstverständlich haben wir diese Mitarbeiter genau angesehen, ehe wir ihnen Aufgaben übertrugen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sie sich mit bestem Willen und mit aller Hingabe den ihnen vom Vorstand zugeteilten Aufgaben gewidmet haben und sich mit allen ihren Kräften für die Freie Demokratische Partei einsetzen.“ Wie weit die FDP in Nordrhein-Westfalen nach rechts abgedriftet war, sollte sich auch bei den Landtagswahlen 1954 zeigen, als sich auf ihrer Landesliste wiederum einige ehemalige Nationalsozialisten fanden. Einer von ihnen war der Journalist und Werbekaufmann Siegfried Zoglmann, im „Dritten Reich“ höherer HJ-Führer, der dann auch in den Landtag einzog. 1970 war Zoglmann einer der Mitbegründer der „Nationalliberalen Aktion“, die sich von der FDP abspaltete, als diese auf sozialliberalen Kurs ging. Middelhaue verteidigte solche Kandidaturen damit, man habe *„die ehemaligen Soldaten wie die ehemaligen PG's recht bald in das politische Geschehen mit einschalten müssen, damit die Klassifizierung in Bürger erster und zweiter Klasse wegfällt, damit vor allen Dingen durch die Einbeziehung dieser beiden Gruppen in die politische Mitverantwortung jedes Abschwenken zum Radikalismus verhindert wird“*. Als jüdische Organisationen ihm den Vorwurf des Antisemitismus machten, wies er diesen erbost zurück:

„Ich verabscheue den Antisemitismus ... Ich war nie Nazi und werde es nie sein; ebensowenig wie Neonazi. Ich lehne jeden Partei- und Staatstotalitarismus schärfstens ab, habe das immer getan und werde es immer tun.“

Innerhalb der Bundes-FDP galt der Landesverband Nordrhein-Westfalen Anfang der fünfziger Jahre als nationalkonservativ mit nationalistischen Einschlägen. Dazu hatte in nicht geringem Maße Friedrich Middelhaue beigetragen, beispielsweise weil er ausgerechnet seinen persönlichen Referenten Wolfgang Dierwege mit der Rednerschulung beauftragte. Ein Urteil darüber muß allerdings die Zeitumstände berücksichtigen. In den ersten Nachkriegsjahren war es schwierig, sich ein schlüssiges Bild von einer Person zu machen, der man zuvor nie begegnet war. Die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen waren durch Flucht und Vertreibung, Bombenkrieg und Naziterror völlig umgestülpt worden. Zwar hatten sich die

Besatzungsmächte durch langwierige Nachforschungen von der demokratischen Zuverlässigkeit jener Personen zu überzeugen versucht, die sie mit dem Wiederaufbau betrauten. Aber auch ihnen unterliefen Fehler. Und die deutschen Politiker, die konkret die Arbeit in Städten und Gemeinden, in Orts- und Landesverbänden der Parteien zu tun hatten, kannten sich häufig genug nicht und konnten sich nur Vertrauen entgegenbringen, ohne von eventuellen Belastungen zu wissen. Dennoch kann man sich heute nur noch schwer vorstellen, Friedrich Middelhaue habe damals nicht gewußt, was etwa ein Wolfgang Dierwege während des „Dritten Reiches“ gewesen war, und daß er nie vom Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Werner Naumann, gehört haben soll.

Middelhaue war gegen eine schematische Entnazifizierung und für eine Generalamnestie. Er wollte den vom Nationalsozialismus Verführten eine Chance geben, so wenn er im Mai 1953 in der „Deutschen Zukunft“ schrieb:

„Wer persönlich an den Untaten des vergangenen Regimes nicht beteiligt war und sich innerlich auf den Boden der Demokratie stellt, wer ehrlich den Willen hat, an den öffentlichen Aufgaben mitzuarbeiten und bereit und geeignet ist, Verantwortung zu tragen, soll auch als gleichberechtigter Staatsbürger mit allen sich daraus ergebenden Folgen anerkannt werden.“

Gegen diese Haltung war im Prinzip nichts einzuwenden. Auch andere Parteien bis hin zur SPD handelten nach diesem Grundsatz, der die Lernfähigkeit der Bürger voraussetzte. Aber innerhalb der FDP in Nordrhein-Westfalen lagen die Dinge doch etwas anders. Die Partei hatte sich unter Middelhaue bewußt nach rechts orientiert und geöffnet. Sie übte deshalb auf ehemalige Nationalsozialisten eine besondere Sogwirkung aus und wurde zu einem Sammelbecken auch für solche Bürger, die sich lediglich per Lippenbekenntnis zu den Prinzipien eines demokratischen Staates bekannten. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen war es auch, der sich zusammen mit dem hessischen Schwesterverband 1952 auf ein „Deutsches Programm“ festlegte, in dem das Wort Demokratie nicht vorkam, wohl aber eine nationalstaatliche Vision und die Idee eines neuen Großdeutschlands beschworen wurden. Programmatisch lag man etwa auf der Linie der nationalistischen DP. Ganz bewußt sollte mit diesem Programm die „Frontgeneration“ angesprochen werden. In der Öffentlichkeit wurde damals vermutet, es sei Hans Fritzsche gewesen, der dieses Programm entworfen habe. Die FDP bestritt das allerdings. In dem Programmpapier wurden nationalsozialistische Verbrechen bedenkenlos mit den häufig fragwürdigen Entnazifizierungspraktiken der Siegermächte in einen Topf geworfen - eine primitive Gleichsetzung, wie bereits 1961 Manfred Jenke festgestellt hat. Wäre es nur dabei geblieben, hätte dieser Programmentwurf sicherlich nicht die Wellen aufgeworfen, die dann tatsächlich aufbrandeten. Aber in dem Entwurf wurden nationalistische Töne angeschlagen, etwa: „Wir sagen uns los von den Urteilen der Alliierten, mit denen unser Volk und insbesondere sein Soldatentum diskriminiert werden sollten“. Das waren Töne, die zwar aus der „rechten Ecke“ kamen, jedoch als Signal an die sog. Frontgeneration vielleicht noch hingenommen werden konnten, die keine Erfahrungen mit der Demokratie gemacht hatte. Aber es hieß in diesem Programm beispielsweise auch:

„Das Deutsche Reich soll als dezentralisierter Einheitsstaat den Stämmen und Landschaften als Selbstverwaltungskörperschaften die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Eigenart geben. Auf der Grundlage einer gerechten Verteilung der Aufgaben zwischen dem Reich und seinen Gliedern ist kein Raum für eine Vielzahl von Regierungen und Parlamenten.“

Dies war nicht nur eine Absage an den Föderalismus, die durchaus in der Traditionslinie eines Teils des politischen Liberalismus in Deutschland lag, es erinnerte, wie Jenke berichtet, die spätere Alterspräsidentin des Deutschen Bundestages, die liberale Marie-Elisabeth Lüders an Schlimmeres: „*Das stinkt. Das riecht nach Harzer, und Harzer erinnert an die Harzburger Front*“, also an das im Oktober 1931 geschlossene Bündnis der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), des „Stahlhelms“ und der nationalen Verbände mit der NSDAP. Der Entwurf war nebulös und appellierte an nationalistische Emotionen. Wegen der Naumann-Affäre wurde dieses Papier zwar von einem Bundesparteitag der Liberalen verworfen, Middelhaue aber dennoch 1953 zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Er war nun die liberale Galions- und Integrationsfigur für den nationalkonservativen Flügel dieser Partei und ihre Wählerklientel.

Am 27. Juni 1954 wurde in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Die CDU mußte Verluste hinnehmen. Die SPD gewann, und die Liberalen konnten mit 25 Mandaten ihre Position knapp behaupten. Karl Arnold, der seit 1950 zusammen mit dem Zentrum regierte, während die SPD und FDP in der Opposition gestanden hatten, brauchte die Liberalen, um seine neue Regierung auf eine sichere parlamentarische Basis zu stellen. Er entsprach damit auch dem Wunsch von Konrad Adenauer, der in Düsseldorf und Bonn gleiche politische Machtverhältnisse wollte. Middelhaue wurde im dritten Kabinett Arnold Wirtschafts- und Verkehrsminister und setzte sich vor allem für den Straßenbau und die Förderung des Mittelstandes ein.

Bereits eindreiviertel Jahr nach der Regierungsbildung passierte in Düsseldorf Sensationelles. Die Regierung Arnold wurde durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt, ein Vorgang, der weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus Aufsehen erregte und als Zeichen des Widerstands gegen Bundeskanzler Adenauer verstanden wurde, Adenauer hatte eine Änderung des Wahlrechts geplant mit dem Ziel, auf Bundesebene die kleinen Parteien und vor allem die FDP aus dem Parlament zu katapultieren und ein Zweiparteiensystem zu etablieren, in dem die CDU auf lange Zeit die absolut dominierende Kraft geworden wäre. Dagegen verbündeten sich in Düsseldorf die sogenannten Jungtürken der FDP mit der SPD und stürzten Arnold, indem sie den Sozialdemokraten Fritz Steinhoff zum neuen Ministerpräsidenten wählten. Dabei hatte Arnold seinen innerparteilichen Gegner Adenauer noch zu einer Abkehr von seinen Wahlrechtsplänen bewegen können.

Die „Jungtürken“, das waren Willi Weyer, Walter Scheel, Siegfried Zoglmann und Wolfgang Döring. Zoglmann und Döring hatten Kontakte zu Werner Naumann gehabt. Es wäre also falsch, den „Jungtürkenaufstand“ als Revolte gegen den rechtskonservativen Kurs Middelhaues zu interpretieren oder ihn gar als Vorboten der sozialliberalen Koalition zu verklären, die Willy Brandt und Walter Scheel im Oktober 1969 in Bonn begründeten. Die Jungtürken der FDP waren politische Pragmatiker ohne große ideologische Zielsetzungen. Ihnen ging es um das Überleben ihrer Partei, um nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Middelhaue hat den Jungtürkenaufstand nicht mitgetragen. Dabei hätte er Kultusminister in der Landesregierung werden können, die Steinhoff am 20. Februar 1956 bildete. Aber er fühlte sich bei Arnold in der Pflicht, gebunden an ein einmal gegebenes Wort. Middelhaue stürzte mit Arnold, ohne sich an diesem Sturz zu

beteiligen, der aber durch jene FDP ermöglicht wurde, die er immer noch als Landesvorsitzender repräsentierte. Er zog die Konsequenzen, legte alle Parteiämter nieder und kandidierte auch nicht mehr bei den Landtagswahlen 1958, aus denen die CDU mit absoluter Mehrheit hervorging.

Das Urteil über Friedrich Middelhaue, der am 14. Juli 1966 in Bad Mergentheim starb, changiert. Der erfolgreiche Buchhändler und Verleger ist auf der politischen Bühne immer so etwas wie ein interessierter Dilletant geblieben. Vielleicht sind das ja keine Gegensätzlichkeiten, sondern Einstellungen, die sich aus derselben Quelle speisen. Middelhaue war ein konservativer Liberaler, aber kein Nationalist, ein Politiker, der sich in gutgläubiger Naivität mit falschen Freunden umgeben hat, weil er selbst nur an die positiven Seiten seiner Mitmenschen glaubte.